

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Straßband 3,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postreformpläne für 1919 eingetragene Zeitung.

Inserate kosten die achtzeilige Kompositionseinheit oder deren Raum 1,20 Mk. Wortanzeigen das festgesetzte Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Leertexte 50 Pf. Familien- und Veranstaltungsanzeigen 1/3 des Festpreises. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III.  
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19  
Fernsprecher: Amt Norden 9765

# Die Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Verkehrseinstellung in Frankfurt a. M.

## Der Eisenbahnerstreik in Frankfurt a. M.

### Einstellung des Bahnverkehrs.

Frankfurt a. M., 3. Juli.

Der Eisenbahnverkehr ist heute früh 6 Uhr infolge des Ausbruchs der Eisenbahner vollstommen eingestellt worden bis auf die Züge, die nach dem besetzten Gebiet fahren, um Komplikationen mit der Entente zu vermeiden. Aus gleichem Grunde arbeitet auch die Hauptwerkstätte in Ried, die im besetzten Gebiet liegt. Die wichtigsten Lebensmittelzüge und die Züge mit lebendem Vieh werden durch die Erleichterung befördert.

## Die Lage im Verkehrsstreik.

Die streikenden Eisenbahner haben am heutigen Vormittag, soweit sich die Lage überblicken läßt, in allen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen. Nach der allgemeinen Stimmung zu urteilen, ist die Mehrzahl der Eisenbahner nur mit großem Widerwillen und unter dem Zwang der Verhältnisse in die Arbeit zurückgekehrt. Sie betrachten die Wiederaufnahme der Arbeit keineswegs als ein Zurückweichen vor der Regierung. Wie wir schon betont haben, wurde der Beschluß, die Arbeit wieder aufzunehmen, lediglich von dem Gesichtspunkt aus gefaßt, die Allgemeinheit durch den Streik nicht länger in Mitleidenschaft zu ziehen. Die Eisenbahner erwarten nach wie vor von der Regierung, daß sie ihren Herrenstandpunkt aufgibt, die Kollage der Eisenbahner einer ernsthaften Prüfung unterzieht und ihnen im gegebenen Augenblick durch eine Lohnaufbesserung entgegenkommt.

Während des Krieges und auch während der Demobilisation war die Regierung und die maßgebende Presse dauernd des Lobes voll über den aufopferungsvollen Dienst, den die Eisenbahner pflichtgemäß ausübten, ohne den Betrieb durch Lohnbewegungen irgendwelcher Art zu stören. Ohne Zweifel waren die Eisenbahner während des Krieges nicht auf Lohn getrieben. Sie konnten auch während der Revolution ihre Lage nicht so verbessern, daß ein einigermaßen günstiger Ausgleich zwischen den Löhnen und den Lebensmittelpreisen erzielt worden wäre. Sie können deshalb mit gutem Grund von der Regierung erwarten, daß sie ihren Forderungen Rechnung trägt, sobald es die allgemeine Wirtschaftslage gestattet. Vor allem erwarten die Eisenbahner, daß die Regierung aus ihrer Machtposition heraus keine Maßregelungen vornimmt. Das wäre ein schmachlicher Verrat an dem Vertrauen, das die Eisenbahner bei der Wiederaufnahme der Arbeit in die Regierung setzten.

Die Lage in den Eisenbahnbetrieben ist nach wie vor sehr ernst, sie kann nur durch ein Entgegenkommen der Regierung gebessert werden. Es braucht bloß darauf hinzuweisen zu werden, daß sich bei den gestrigen Abstimmungen wichtige Einzelbetriebe nach mit großer Majorität für die Fortsetzung des Streiks ausgesprochen haben, während in anderen Betrieben, wo der Abbruch des Streiks beschlossen wurde, sehr große Minoritäten dagegen stimmten, um ein wirkliches Bild von der Stimmung der Eisenbahner zu gewinnen. Es ist klar, daß die vorhandene Mißstimmung nicht auf politische Verheugung zurückzuführen ist, sondern daß sie ihre wirkliche Ursache in der allgemeinen wirtschaftlichen Lage des Eisenbahnerberufes hat. Mit Mitteln wird gegen diese Stimmung nichts ausgerichtet. Nur Vernunft und Entgegenkommen der maßgebenden Stellen kann die Gegensätze ausgleichen und das deutsche Wirtschaftsleben vor neuen schweren Erschütterungen bewahren.

Die Straßenbahn- und Hochbahnangelegenheiten betonen nach wie vor ihre Bereitwilligkeit, in Verhandlungen einzutreten. Wenn es bisher nicht dazu gekommen ist, so liegt das ausschließlich an den Direktionen der Berliner Verkehrsinstitute und an der Regierung, die jede Vermittlung ablehnt. Der Erlaß des Reichsarbeitsministeriums hat unter den Straßenbahnern und Hochbahnangestellten große Erbitterung hervorgerufen. Dieser Erlaß kann nach ihrer Auffassung nur die Machtposition der Unternehmer stärken und ihre ablehnende Haltung den Forderungen der Angestellten gegenüber noch

mehr bekräftigen. Die Straßenbahner erblicken in dem Erlaß eine einseitige Beeinflussung des Unternehmertums. Sie halten daran fest, daß die Gesellschaften bei einigermaßen gutem Willen den Forderungen gerecht werden können. Die Berliner Verkehrsinstitute dienen der Allgemeinheit. Diese hat einen Anspruch darauf, daß sich die Regierung nicht zum Sprachrohr der Unternehmer macht, ihnen durch ihre Erklärungen den Rücken steift und der Möglichkeit, durch Verhandlungen zur Einigung zu kommen, jede Basis entzieht. Selbst der „Vorwärts“, dem gewiß keine allzugroße Arbeiterfreundlichkeit nachgesagt werden kann, verlangt, daß verhandelt wird. Man wolle also endlich die Möglichkeit zu einem Ausgleich!

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist der größte Teil der Arbeiter und Beamten des Eisenbahndirektionsbezirks Berlin heute auf den Arbeitsplätzen erschienen. Der Eisenbahnverkehr ist im allgemeinen wieder aufgenommen worden. Der Güterverkehr, der vor allen Dingen zu den ernstesten Befürchtungen für die Lebensmittel- und Kohlenversorgung der Berliner Bevölkerung Veranlassung gegeben hatte, ist fast vollständig wieder hergestellt. Die Züge nach und von den Vororten verkehren wieder, doch ist die Zugfolge noch sehr unregelmäßig. Der Ringbahnverkehr ruht noch völlig, da sich die Maschinen in schlechtem, zum Teil unbrauchbarem Zustande befinden. Die Ringbahn wird erst nach einigen Tagen wieder verkehren können.

## Die Schamlosen.

Am Tage der Freisprechung der Mörder Karl Liebknecht erhielt seine Frau die Aufforderung, bei Vermeidung der Pfändung die Kosten für seinen Aufenthalt im Zuchthaus zu zahlen, in das ihn sein Kampf für den Frieden und gegen den Militarismus gebracht und aus dem ihn die nahende Revolution befreien sollte. Damit kein Zweifel darüber herrsche, daß diese Aufforderung von der sozialdemokratischen Regierung der Herren Girsch, Heinemann, Heine und Konjonten gebilligt wird, ist jetzt der Androhung der Pfändung die Pfändung gefolgt. Die Regierung zeigt so, daß ihre Anschauungen über den Krieg und die Nützlichkeit des preussischen Militarismus sich in nichts von denen der wilhelminischen Regierung unterscheiden, und daß für sie Karl Liebknecht wegen seines Kampfes für den Frieden und gegen den Militarismus auch jetzt noch der „Vollverräter“ ist, als den ihn seinerzeit die wilhelminische Regierung unter dem Beifall Ehren-Heines beschimpfte, kurz, daß für sie die Revolution nur ein leeres Wort ist.

## Der Fall Vogel.

Sag. 2. Juli.

Laut Korrespondenzbureau erwiderte der holländische Minister des Innern auf eine Anfrage des Sommermitgliedes Troelstra bezüglich der Begünstigung der Flucht des deutschen Oberleutnants Vogel durch niederländische Beamte in Berlin, daß die vom holländischen Ministerium des Innern in dieser Sache angeforderte Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist.

## Truppenanstellungen.

Wie der „Neuen Berl. Zeit.“ von der Garde-Kavallerie-Schützenabteilung mitgeteilt wird, sind bedeutende Truppenmengen nach Berlin herangezogen worden, die so verteilt wurden, daß jeder Zentralkpunkt Berlins von starken Truppenkontingenten sofort erreicht werden kann. Außerdem hat das Militärkommando alle öffentlichen Gebäude Berlins gesichert, doch ist, wie von derselben Stelle ferner mitgeteilt wird, den immer wieder auftauchenden Gerüchten von bevorstehenden Putzchen nur wenig Glauben zu schenken, da anscheinend derartige Gerüchte, soweit sie nicht ein reines Gerücht sind, mit Nichtbeachtung werden, um das Militär durch die fortwährende Alarmbereitschaft müde zu machen. Für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen jetzt Militärpatrouillen, die Tag und Nacht die Verkehrszeichen und unsicheren Gegenstände Berlins abstreifen.

## Vorbereitungen.

Wie man aus den Mitteilungen der Spitzentrassen an die bürgerliche und die rechtssozialistische Presse weiß, ist die Regierung über alle dunklen Pläne unterrichtet, die gegen sie gezipponen werden. Sie weiß viel mehr, als denen bekannt ist, die als die angeblich Hauptbeteiligten eigentlich am besten über solche Dinge unterrichtet sein müßten. Sie entläßt alle Tage; sie deckt jede Stunde eine neue Verschwörung auf; sie läßt die „Mädelsführer“ beschaffen; sie verbietet die ihr unangenehme Presse; sie wohnt, droht und bejährt, kurzum, sie tut alles, um der ihr drohenden Gefahr zu begegnen.

Auch die eigentliche Regierung, die militärischen Befehlshaber, sind nicht müßig. Sie treffen alle Vorbereitungen für die nach ihrer Meinung bald zu erwartende große Schlacht. Befehle werden erlassen, Anordnungen erlassen, die alles bis ins Kleinste regeln. So sorgt sich ein Befehl der Reichswehrbrigade 40 (v. Lettow) besonders um den „Gefangenen-Abbruch“. Wir hoffen, daß wir mit der nachfolgenden Veröffentlichung des Befehls der militärischen Befehlshaber und der Regierung einen besondern Dienst erweisen:

Reichswehrbrigade 40  
(v. Lettow) St. St. Cu., den 29. Juni 1919  
Betr. Gefangenen-Abbruch.

### Brigade-Befehl!

Auf Grund der Erfahrungen bei den bisherigen Unruhen in Berlin wird in Zukunft der Gefangenen-Abbruch bei einer Besetzung Berlins folgendermaßen geregelt:

1. Die Reichswehrbrigade richtet eine Zentral-Gefangenen-Sammelstelle und Vernehmungsstelle im Wilhelmshannasium, Sellenueckstraße 15, ein. Dieser Gefangenen-Zentrale sind alle von den Marineregimenten, dem Freischützentrupp, der Divisions-Reserve und allen übrigen der Brigade unterstellten Formationen gemachten Gefangenen unter sicherer Bedeckung zuzuführen und gegen Empfangsbescheinigung an den Offizier vom Dienst abzuliefern. Im allgemeinen sind, um die Truppe durch allzuwilde Vernehmungen nicht zu schwächen, die Gefangenen in Transporten zusammenzustellen zu der Gefangenen-Zentrale hinzuführen, nur politisch besonders wichtige Persönlichkeiten oder Hauptverursacher der Unruhen, deren Aufgeben unter Umständen von großem Wert sein können, sind befristet, eventl. mit Kraftwagen zum Wilhelmshannasium zu befördern.

2. Neben jedem Gefangenen ist bei der Ablieferung der Zentralstelle ein Zettel bzw. eine Liste zu übergeben, in der folgende Angaben vermerkt sind:

Ort und Zeit der Festnahme.  
Grund der Festnahme, insbesondere Angabe der strafbaren Handlung, welche dem Festgenommenen zur Last gelegt wird unter Bezeichnung von Ort und Zeit der Tat.  
Angaben von Zeugen der Tat oder sonstiger Beweismittel.  
Name und Truppenteil desjenigen, der die Festnahme angeordnet sowie desjenigen, der die Festnahme vorgenommen hat.

Bescheidnis der dem Festgenommenen abgenommenen Gegenstände unter Angabe über ihren Bestand.

Die dem festgenommenen Personen abgenommenen oder bei Durchsuchung beschlagnahmten Gegenstände, sind zunächst in eine Hülle zusammenzupacken und mit dem Namen desjenigen, dem sie abgenommen oder bei dem sie beschlagnahmt worden sind, zu versehen. Die abgenommenen oder beschlagnahmten Gegenstände sind gleichfalls gegen Quittung dem Offizier vom Dienst abzuliefern, welcher für Weiterleitung bzw. Aufbewahrung Sorge trägt.

3. Die Zentralgefangenen-Sammelstelle untersteht unmittelbar der Brigade. Als Leiter kommandiert Schutztruppenregiment I einen Bataillonskommandeur mit eingearbeitetem Personal; Name ist umgehend zu melden. Diesem Bataillonskommandeur sind entweder der Adjutant oder die Offiziere zur Verfügung. Weitere Vernehmungsoffiziere werden von der Brigade kommandiert. Für juristische Vermittlung und Vernehmung sind der Zentralgefangenen-Sammelstelle außerdem die Kriegsgerichtsräte Spag und Schönbrodt sowie einige Kriminalbeamte zugeteilt.

Zur militärischen Sicherung und Bewachung der Zentralgefangenen-Sammelstelle im Wilhelmshannasium stellt Schutztruppenregiment I eine Kompanie in Stärke von 5 Offizieren, 150 Mann und 6 leichteren M. G.; ferner ist dieser Kompanie ein Zug schwerer M. G. zugeordnet. Zur Verpflegung der Gefangenen hat das Schutztruppenregiment I außer Räder der Kompanie noch eine zweite Feldküche nebst Küche und einem Verladewagen mit Pferden zu stellen. Die Gefangenen erhalten an Verpflegung die besten Säfte der Mannschaftsverpflegung.

Abteilung 1b sorgt für Niederlegung von 300 Strohläden und nötigen Strohmaterial im Wilhelmshafen. Der Kommandeur der Zentralgefängnisverwaltung beauftragt im Verein mit Pionierkommandeur die Niederlegung von Handgranaten und Strohbrant zur Abwehrung.

4. Die Gefangenen sind in der Zentralgefängnisverwaltung nach folgenden Gesichtspunkten zu sichten und zu verteilen:

#### Kategorie A.

Gefangene, gegen die Verdacht einer strafbaren Handlung nicht vorliegt, gegen die aber, weil sie aus verlässlichen oder politischen Gründen eine Gefahr für die Sicherheit des Reiches bilden, die Verbannung der Schutzhaft für annehmbar gehalten wird; Diese Gefangenen sind zur Waldhufe (Zoologischer Garten, Eingang Ausfährtdamm) zu überführen. Kurze Berichte über die Gründe, die zu ihrer Festnahme geführt haben und den Erfolg eines Schutzhaftbefehls angelegt erscheinen lassen, sind unter Beifügung etwaiger Vorgänge dem Transportleiter mitzugeben.

#### Kategorie B.

Gefangene, gegen die Beweismaterial oder anderweitige Verbotsgründe wegen strafbarer Handlungen vorliegen. Diese Gefangenen sind, nach Prüfung durch das Kriegsgericht oder die Vernehmungsdienststelle dem zuständigen Gericht (Staatsanwaltschaft) zuzuführen und im Gefängnis Bismarck abzuliefern.

#### Kategorie C.

Ein Wundheilungs- und eine Strafangelegenheiten unter Anführung von Beifügung des Beweismaterials (bei Antragstellung wie Verleumdungen und Körperverletzung ist ein besonderer Straftrag des Gefangenen oder seiner vorgesetzten Behörde zum § 19 Strafgesetzbuch erforderlich.)

Der Zusammentritt der außerordentlichen Kriegsgerichte ist von der Abteilung Bismarck bereit geregelt, daß Abteilungen sofort erfolgen können.

Beligionen Militärfunktionen sind der Arrestanstalt zu übergeben.

Alle Gefangenen sind beiliegendem Muster 2 auf die Zentral-Gefängnis-Sammelstelle listenmäßig einzutragen. Eine Übersicht dieses Verzeichnisses mit dem Eingelieferten des Tages ist jeden Vormittag bis 10 Uhr an Div. 1c zu übergeben, um bei späteren Nachfragen Auskunft geben zu können. Um die Ueberführung des Gefangenen ins Bismarck zu vermeiden, ist vor jeder Abführung von Gefangenen Transporten durch die Zentral-Gefängnis-Sammelstelle bei dem Beauftragten der Generalstaatsanwaltschaft (Staatsanwalt Polenz), Befehlsgewalt in Reich, Richter Strafe, anzufragen, ob noch Plätze frei sind. Wenn ja, ist dem betreffenden Gefangenen die Mittelung der Pöhl der Eingelieferten und der ungefähren Zeitpunkt des Eintreffens zu machen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß außer dem Gefängnis Bismarck ein weiteres Gefängnis für die Brigade nicht in Frage kommt, da die anderen Gefängnisse auf die übrigen Berlin stehenden Reichsbehörden verteilt sind.

Frauen sind im Frauengefängnis abzuliefern.

#### Kategorie C.

Gefangene, die von der Truppe ohne Beweismaterial eingeliefert werden, und gegen die auch die Schutzhaft nicht angezeigt ist, sind diese Gefangenen nach erfolgter Klärung vorliegender Umstände zu entlassen.

5. Alle Truppen sind besonders darauf aufmerksam zu machen, daß es verboten ist, Gefangene unter Umgehung der Sammelstelle unmittelbar einem Gefängnis zuzuführen. Denn einerseits wird hierdurch die Vernehmung erschwert oder unmöglich gemacht, andererseits werden die Gefängnisse schnell überfüllt, da keine Sichtung nach den drei Kategorien stattgefunden hat.

Die durch die Div. 1b vom 20. 5. 18 Nr. 518, Nummer 10 angeordnete Einrichtung einer Gefängnis-Sammelstelle durch 2. Marinebrigade am Bismarck wird hierdurch bestätigt. Von den Truppen erbetene oder beschlagnahmte Waffen sind gleichfalls im Wilhelmshafen abzuliefern.

ges. v. Rettow.

R. d. M.

b. Straß

Quartiermann und 1. Generalstabsoffizier.

Alle ordnungsliebenden und besonnenen Leute werden mit Befriedigung aus diesem Befehl entnehmen, daß alle Vorbereitungen zu Massenverhaftungen getroffen sind. 300 Strohläden liegen allein schon im Wilhelmshafen; durch Handgranaten und Strohbrant, durch die stärkere Waffengewalt wird dafür gesorgt, daß die Gefangenen nicht entweichen können, sofern sie nicht vorher schon auf dem Transport bei einem „Kladderbüsch“, wie die Soldaten sagen, Duxenburg, Roggisch, Lohjahn und andere, festgemacht worden sind. Damit die Gefangenen nicht zu

Arbeits werden, erhalten sie nur die halbe Ration der Marmeladeverpflegung. Wozu brauchen sie auch mehr, da ihnen ja doch bald der Prozeß gemacht werden soll? Die außerordentlichen Kriegsgerichte werden, wie man aus diesem Befehl ersieht, so schnell arbeiten, daß Abteilungen sofort erfolgen können, der Öffentlichkeit werden also unnötige Aufregungen durch eine längere Prozeßführung erspart.

Das der Kriegsgerichtsdirektor Spatz an erster Stelle bei dieser Art von Justizpflege genannt wird, darf nicht übersehen werden. Es ist ihm allerdings bisher leider nicht gelungen, das Vogel bannbar zu werden; aber das dürfte ihm gerade bei den militärischen Vorgesetzten nicht geahndet haben.

## Die Spigelaffen.

Durch das Moskische Bureau wird folgendes veröffentlicht:

„Zum Besetzungsmaterial, das zur Verhaftung Emons geführt hat, gehört ein Brief, den Emons am 18. April 1910 geschrieben hat. Es ist bereits mitgeteilt worden, daß dieser Brief den schließlichen Beweis für die kommunistische und hochverräterische Propaganda Emons' liefert. Aufmerksam bemerkenswert sind die letzten Absätze des Briefes, sie sind ein einwandfreies Zeugnis dafür, daß Emons die Bankangelegenheiten für seine politischen Zwecke schon im März dieses Jahres mitbewahren wollte, und daß er überhaupt die Bankangelegenheiten nur als Mittel zur Durchführung des von ihm für das ganze Reich geplanten kommunistischen Aufstandes benutzt hat.

In einem Brief, dessen Echtheit Emons vor dem Richter bereits zugegeben hat, heißt es:

„Ich vermittele auch seitens der kommunistischen Partei jegliche Unterstützung gelegentlich meiner Proklamation des Generalstreiks der Bankangelegenheiten. Gerade bei diesem Streik mühte und muß meine Grundsätze unbedingt die Möglichkeit vorhanden sein, die Arbeiter zu einer Aktion gegen die Regierung zu veranlassen. Die einschneidenden Wirkungen, die durch das stillgelegte Bankgewerbe herbeigeführt werden, brauche ich wohl nicht im einzelnen zu schildern. Um so nötiger wäre es, daß jetzt die Arbeiterklasse Berlins aufgerufen wird, um nicht wieder die im ganzen Reich sich vollziehende Aktion zu verzetteln. Ich habe heute vernommen, daß alle größeren Bankplätze in den Generalstreik einbezogen werden sollen. Ich bitte dringend darum, daß nun endlich auch in Berlin irgendwie eine Aktion seitens der Arbeiterklasse in die Wege geleitet wird. In der Selbsttätigkeitsindustrie dürften die Verhältnisse noch als reich sein.“

Das „Berliner Tageblatt“ ist klug genug, um diese Veröffentlichung vorläufig noch mit einiger Reserve aufzunehmen. Das Blatt schreibt:

„Wenn dieser Brief in dieser Form abgefaßt ist, und es dürfte nach der amtlichen Veröffentlichung und dem Geständnis Emons' kaum ein Zweifel möglich sein, so erscheint es tatsächlich, als ob Emons den Streik der Bankbeamten zu rein politischen Zwecken benutzt hat. Es ist wohl anzunehmen, daß nach Bekanntwerden der eigentlichen politischen Gesinnung ihres Führers die Bankangelegenheiten in Emons' keinen geeigneten Vertreter ihrer wirtschaftlichen Interessen sehen können.“

Das bürgerliche „Berliner Tageblatt“ läßt also durchblicken, daß es noch nicht ganz sicher ist, ob der Brief in dieser Form richtig wiedergegeben ist. Für den „Vorwärts“, der ein Arbeiterblatt sein will, spielen solche Gedanken aber keine Rolle. Er benützt die Gelegenheit, um in geradzug schamloser Weise gegen Emons zu hetzen, gegen einen Mann, der sich jetzt nicht verteidigen kann und über den man augenblicklich nur soviel erfährt, als die Spigel und der Staatsanwalt zu veröffentlichen für gut befinden. Dieses Blatt schreibt in seiner heutigen Morgenausgabe:

„Was wir für die Eisenbahner schon gesagt haben, daß mit ihrer Gutwilligkeit und Outgäbigkeit ein elender verberberischer Mißbrauch getrieben wird, ist nun auch für die Bankbeamten allermählig bewiesen. Emons hat sich in das Vertrauen dieser Männer eingeschlichen und ihnen

glauben gemacht, daß er sich für ihre wirtschaftlichen Sorgen einsetze. In Wirklichkeit war ihm das materielle Wohl bereit, die sich vertrauensvoll seiner Führung anvertraut hatten, höchst gleichgültig. Er ging seinen bolschewistischen, auf den Sturz der Regierung und den Umsturz der inneren Ordnung gerichteten Zielen nach und bediente sich der abnungslösen Bankangelegenheiten dabei als Werkzeug. Er wußte sehr wohl die Bedeutung des Bankbetriebes für das Wirtschaftslieben einzuschätzen; erkannte die Wichtigkeit der Bankbeamtenarbeit für den ruhigen Verlauf der inneren Entwicklung. Darum hat er sich gerade diese als Mittel für die Verfolgung seiner Absichten ausgesucht.

Die Bankbeamten müssen jetzt leben, welche Gesellen sich zu ihrer Führung gedrängt haben. Es gibt keinen Zweifel, daß sie sich davon frei machen, daß sie nicht dulden, daß sie vor fremde Interessen gespart werden.

Es ist notwendig, daß die Verräter der wahren Interessen der Arbeiter — und in der Regel sind dies die wütendsten Heber — allenthalben entlarvt werden. Solcher Emons gibt es noch viele in der Arbeiter- und Angelegenheitsbewegung.

Wenn der „Vorwärts“ noch einen Funken von Verantwortungsgelände hätte, wenn er sich auch nur von fern an die Vergangenheit des Blattes erinnern würde, dann hätte er sich sagen müssen, daß man auf Grund eines Bruchstückes aus einem Briefe den „altenmännlichen“ Beweis dafür, daß Emons sich irgendwelchen Verleumdungen der Gesetze zu schulden kommen ließ, nicht schaffen kann. Als Emons den Brief schrieb, befanden sich die deutschen Bankbeamten in einer großen Streikbewegung, und man kann es begreifen, daß Emons daran gedacht hat — was ihm doch sehr nahe lag —, seine eigene Partei zu Hilfe zu rufen und der Bewegung eine so große Ausdehnung zu geben, daß ihr Erfolg gesichert schien. Um beurteilen zu können, was Emons mit diesem Briefe wollte, muß man ihn in seinem ganzen Wortlaut kennen, muß man wissen, an wen er gerichtet war und unter welchen Umständen er geschrieben worden ist.

Solche Gedanken kennt aber der „Vorwärts“ nicht. Für ihn sind die Kommunisten vogelfrei, ein Bankbeamter darf in den Augen dieses „sozialistischen“ Blattes wohl konstatieren bis auf die Knochen, niemals aber kommunistischer Gesinnung verdächtig sein. Spigelaffen bilden für den „Vorwärts“ die Quelle lauterster Wahrheit.

Von dem Angeklagten auf die Festhülle Graf Berlin wird uns mitgeteilt, daß wegen der Verhaftung des Führers der Bankbeamten Emons nur dann eine Abmilderung über den eventuellen Streik erfolgen wird, wenn einwandfrei feststeht, daß der Kollege Emons nicht wegen politischer, sondern wegen gewerkschaftlicher Tätigkeit verhaftet worden ist. Der gestern von dem Kollegen Heinrich, nicht Heinrich, für die Magistratsangehörigen Berlin abgegebenen Erklärung stehen wir vollkommen fern.“

## Die englische Regierung gegen die Judenpogrome.

Amsterdam, 2. Juli.

In der Sitzung des Unterhauses vom 30. Juni teilte Cecil Harcourt mit, daß der britische Botschafter in Warschau den Auftrag erhalten hat, der polnischen Regierung wegen der Abhandlung von Juden in Polen Vorstellungen zu machen.

## Achtung! Arbeiterräte, Betriebsobleute und Betriebsvertrauensleute der U. S. P. D.!

Am Freitag, den 4. Juli, nachmittags 3 Uhr, findet in den Germania-Hallen, Chausseestraße, eine Sitzung der Arbeiterräte, Betriebsobleute und Betriebsvertrauensleute statt.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird um pünktliches und vollzähliges Erscheinen gebeten.

Der Fraktionsvorstand.  
J. A. G. Stahlberg.

## Farbtreue und mehr . . .

Zu meiner großen Freude sehe ich aus einer Reihe von Zuschriften, daß mein Appell an die Farbtreue der Arbeiter, anlässlich der Ausstellung billigen Hausrats, nicht ungehört verhallte. Die Redaktion hat bereits damals einige Stimmen aus dem Kreis der Leser hier abgedruckt, aber bei der großen Wichtigkeit des Themas komme ich noch einmal zu ihm zurück. Ich bringe hier zunächst eine Versicherung, die der Farbtreue der Arbeiter besonders begünstigen Ausdruck gibt.

„Mit Wohlbehagen habe ich den Ruf an die Farbtreue der Arbeiter gelesen. Ja, gerade der Arbeiter, denn er hat sich noch den natürlichen Farben des Meistes erhalten. . . . Seht, wie der Arbeiter die Farbe liebt; sei es in der Kleidung, sei es in den Häuten, sei es in Bildern. . . . Warum versucht niemand offen und ehrlich das Einfache zu zeigen? Hier es schon zu zeigen! Und dazu ist hier die Farbe am Platze. Nicht die braune oder schwarze, sondern lebendige, warme, reiche Farbe der Arbeiter soll sich über Hartigkeit und Farbenfeindlichkeit äußern. Er tut es täglich, stündlich, durch sein Leben, durch seinen Geschmack. Wohin ich höre: der Arbeiter will Farbtreue. Wer kann er anfangen? Der Künstler zeige, was er bieten kann, und der Arbeiter wird freudig und dankbar ihm weitere Wege der Zusammenarbeit weisen.“ (Eduard Janitsch)

Es ist schon, daß hier der Wunsch spontan geäußert wird nach einem Zusammengehen der Arbeiter mit den Künstlern. In der Tat, hier liegt nach meiner Überzeugung die allerwichtigste künstlerische Aufgabe der Gegenwart. Denn es doch endlich dazu, daß ohne Zwischen sich den Willen der Künstler und der Arbeiter zu haben, Künstler und Arbeiter zu einander kommen. Ich werde immer bestrebt sein, dafür zu wirken und möchte geradezu bitten, daß sich Arbeiter, die sich ernstlich für diese Sache interessieren und die Vorschläge zu machen haben, direkt mit mir in Verbindung setzen. Ich weiß, daß aus dem Zusammenarbeiten von Künstlern und Arbeitern die besten Entschlüsse entstehen können. Gegenseitiges Vertrauen ist die Voraussetzung. Der Arbeiter darf den Bürgern nicht ihre dummen Urteile über die radikale Kunst nachsprechen. Wenn er sich dieser Kunst vorurteillos hingibt, wird er sehr bald erkennen, daß sie der gleichen Weltanschauung entzückt, wie das, wofür der Arbeiter politisch kämpft. Bringen sich erst Künstler und Arbeiter in Vertrauen entgegen — auch könnte nicht entstehen, wenn Deutschlands Arbeiter jährlich auch nur jeder eine Part für Kunstwerke an eine von ihnen gewählte

und nur ihnen verantwortliche Vertrauensstelle zählten? Ich kenne die Künstler, die mit grenzenloser Begeisterung Siedlungen, Volkshäuser, Heilbrunnen, Brunnenanlagen schaffen würden, von einer Schönheit, die allen Bürgern die Augen beugen sollte!

Wie oft ist mir nicht gesagt worden: Du täuschst dich in den Arbeitern! Sie wollen nicht die neue Kunst, sie wollen das Alte, das Rechtgemachte, das Bürgerliche von gestern! — Ich glaube es nicht. Ich bin überzeugt, daß die Arbeiter erkennen werden, daß sie mit der radikalen Kunst zusammengehören. Und in dieser Überzeugung besteht nicht neben mancher anderen Beobachtung der folgende Brief: „In Berlin herrscht Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit. Junge Leute, welche in die Ehe treten wollen, können sich kaum Möbel anschaffen. Ein Teil dieser Arbeitslosen muß für die Wohnungslosen auf dem vom Staat zur Verfügung zu stellenden Gelände mit Staatsmitteln Siedlungen errichten, der übrige Teil in Stadtwerkstätten Möbel usw. anfertigen. Aber nun doch nicht wieder die sogenannten Proleten allein bauen lassen. Kommt Künstler zu uns, wir zeigen dir, was uns Not tut, du erkennst unsere Einheiten, und der Künstler mit dem wir dann zusammenarbeiten, wird Freude an diesen Schöpfungen haben, und uns soll es anspornen, weiter zu schaffen. Natürlich nicht nur eine gefällige Ansicht und praktische Raum-einteilung. Nein, eben diese Räume bieten die Arbeit für den Künstler. Der Wandständer oder auch Tafel, doch nicht die heutzutage Bringe Leben an die Wand. . . . In diese Räume nun praktisch gefällige und originell gemalte Möbel. . . . es muß eine Lust sein dort zu wohnen. Doch bis dahin ist noch ein schwerer Weg. Überwindung des Kapitalismus, des Elends, der Herrschaft, welcher uns zu diesem Eden helfen soll. Vorurteil- und der Dummheit mit Hergebrachten. — Ich schlage Ihnen vor: Sind in Ihren Kreisen Personen, welche Lust haben, und Arbeiter in unseren Werkstätten über Erkennen der Kunst zu erzählen — in manchem Extrazugabend könnten wir Erklären schlagen vom Künstler zum Arbeiter. . . . Wir sind bescheiden, aber trotzdem begierig.“ (E. Steiner, Verlagsmoeder.)

Ich halte dafür, daß der „Arbeitsrat für Kunst“ seine dringende Aufgabe habe, als nun auch seinerseits die Kräfte schlagen zu helfen. Die Zeit ist da!

H. D. W. H. e.

Brot, und Festkarte im alten Rom. Wenn man glaubt, daß die Lebensmittelarten eine Erinnerung des Weltkrieges sind, so irrt man. Bereits im alten Rom, sogar vor Christi Geburt, konnte man ihre Verwendung. Tiberius Gracchus schuf ein Korngesetz, das den Staat verpflichtete, jedem „empfangsberechtigten“

Bürger Getreide zu einem festen Preis zu geben und zwar monatlich fünf Sessel, das sind 43,75 Liter, den „Modius“ — 8,75 Liter zu 84 Pf. = 60 Pf. Casfar hat 300 000 „empfangsberechtigten“ Bürger vorgefunden; er verminderte ihre Zahl auf 150 000! Augustus erhöhte sie auf 200 000, 19 Millionen Mark nach ihm! „Im Gelde muß der Staat jährlich für ihre Versorgung ausgeben. Jeder empfangsberechtigte Bürger bekam eine Prämie und außerdem zur Kontrolle bei der Abholung eine Mark aus Blei, auf die er das Korn erhielt; diese Münzen entsprachen also ungefähr unserer heutigen Brotmark, zumal unter Kaiser Aurelian, der die Kornverteilung in eine solche von Staatsarbeit übernahm. Auch die Festkarte konnte man; Kaiser Severus überließ an die Ausgabe von Korn noch eine Ölverteilung, die auch mittels Lebensmittelkarten gebunden wurde. Darauf geht hervor, daß unsere modernen Maßnahmen häufig durchaus nicht neu sind, sondern auf uralte Einrichtungen zurückzuführen.“

In der Volksbühne hatte die Erstaufführung der Fäule von Real und Brändel, „Der heilige Florian“ einen hervorragenden Erfolg. Von Ethel und Darstellung soll in einer früheren Besprechung dringlich noch die Rede sein.

Heute, Donnerstag abend 7 1/2 Uhr, findet im Wallner-Theater die Erstaufführung des Dramas „Das Gesetz“ statt. Berolts gelistete Karten behalten Gültigkeit.

Im kleinen Theater erweckt sich ein Stück in vier Akten von Josef Peter-Reichlinden „Unter dem Baume der Erlennis“ auch für anspruchsvolle Sommerverhältnisse als literarisch „billig“ anzusehen.

Im Nationaltheater fand ein Schwank mit allen Band-Verwicklungen „Familie Hannemann“ von Hermann und Schwarz köstlichen Erfolg. — Im Wallner-Theater gefiel ein hübsches Stück von Bernhard Buchholz, „Die Frau des Debitanten“ mit seiner in der Hauptrolle spielte sich als Gast Herr. Kani Tharau aus.

Das Gessing-Theater wird im Anfang der nächsten Spielzeit die „Eulischwörter“ von J. M. A. Beng (nach Plautus) zur Aufführung bringen. Das Lustspiel wird zusammen mit einer Revueinszenierung von Döckners „Wasser“ gegeben.

Im Bismarcker Stadttheater hatte die für Menschen liebe gegen den Götzen kämpfende dramatische Dichtung „Mamon“ von W. Durggraf, von Direktor Stübgen inszeniert, einen großen Erfolg. Den Bühnenbetrieb hat der Eigenbetrieb der Bismarcker Stadttheater übernommen.



zungen. Einseitig wurde beschlossen, den Schlichtungsausschuss anzurufen und die Wahl einer beidseitigen Kommission vorzunehmen, die die zur Neuwahl des Angelegenheitsausschusses im Verein mit dem Häufigen Angelegenheitsausschuss die Geschäfte leitet und beaufsichtigt.

Die Objekte der Betriebsräte und Ausschüsse der Bauindustrie haben beschlossen, ihre Forderungen auf Wirtschaftshilfe vor den Schlichtungsausschuss zu bringen und bis Sonntag Bescheid zu erwarten. Die Forderungen, die sich zwischen 100 und 400 Mark belaufen, sind recht minimal im Verhältnis zu dem Arbeitsverdienst in anderen Berufen.

Objekte der Chemischen Industrie wollen die in ihren Firmen bestehenden Arbeitsräte unverzüglich dem Zentral-Ausschuss der Angestellten Groß-Berlins, Berlin, Westf. 7, oral telephonisch übergeben.

## Groß-Berlin.

### Die Gefahr eines Mieterstreiks.

Was gut unterrichtet Geizt wird und geschrieben: In den letzten Tagen hat eine vom Reichsminister für Reichsjustizministerialrat Dr. Bruns unterzeichnete „Verordnung über die Einwirkung der Mietverhältnisse auf die Wirtschaft“ Gesetzeskraft erlangt. Diese Verordnung bedeutet in der Praxis nichts anderes, als eine Aufhebung fast aller gültigen Mietverträge mit Kontrollierung und Wohnverhältnisse zugunsten der Hausbesitzer. Selbstverständlich wird hierdurch die Bevölkerung aller Schichten, besonders aber der Beamtenstand und die Arbeiterschaft der westlichen Vororte sehr hart betroffen. Was überhört von den Klagen der Mieter über bereits jetzt unerträgliche Steigerungen, und nun dieses tolle Gesetz! Im jetzigen kritischen Moment, wo Milliarden ausgeworfen werden müssen, um die Lebensmittelpreise zu senken, werden die bereits mahnend hochgeschraubten Mietpreise durch Gesetz (!) erhöht. Eine ungeheure Belastung der westlichen Vorortgemeinden wird eintreten. Darum die diesfallsige, die Gemeinden zu Kohlenbesitzern zu erklären und nun ein solches unsoziales Gesetz! Die Empörung der Mieter wird aufs höchste gesteigert.

Die Väter dieses Gesetzes sind die hohen Beamten des Reichsjustizministeriums und der Reichswohnungskommission, der anschließend die Verlesung für solche segensreiche Tätigkeit (soeben Unterstaatssekretär für das Wohlfahrtsministerium geworden ist. Eine sofortige Aufhebung dieser Verordnung durch Gesetz ist erforderlich. Dagegen muß binnen kürzester Frist eine Verordnung verlangt werden:

1. Daß Mietverträge für die nächste Zeit weder gekündigt noch gestiegen werden dürfen.
  2. Daß in allen Häusern von den Mieterparteien gewählte Vertreter als Mieterräte unter Aufsicht des Mietvereins die Kontrolle und im Notfall das Interventionsrecht der betreffenden Häuser erhalten.
  3. Daß sofort mit Hilfe der Kommunen eine großzügige Kohlenversorgung für den nächsten Winter bereitgestellt wird.
  4. Daß bei einer weiteren Kohlensteigerung der Preis für tatächlich schon 7,85 M. pro Zentner (Kohle) der 7 M. pro Zentner übersteigende Preis durch die Mieterräte nach bestimmten Richtlinien zwischen Mietern und Vermietern verteilt wird.
- Der kommunale Ausschuss des Volksgenossen von Groß-Berlin hat sich bereits sehr eingehend mit all diesen Fragen beschäftigt. Er hat, als er vor einigen Wochen von dem Plan dieser Verordnung Wind bekam, versucht, das Unheil aufzuhalten. Auch der Mieterbund hat beim Staatsausschuss rechtzeitig sehr protestiert. Die hohen Beamten aber haben obstruiert. Dabei ging man bei diesen Protesten nur von der Ansicht aus, daß hier nur eine Aufhebung aller langfristigen Verträge vorbereitet würde, während nunmehr zum Erkennen aller in proxi eine Aufhebung fast aller

Verträge aufgehoben ist. Dafür werden die Herren Hausbesitzer schon weiter sorgen.

Weist die Verordnung bestehen, wird hier nicht sofort von Seiten der obersten Reichsbehörde mit eisernem Wesen Remedur geschaffen, so wird in beteiligten Kreisen das letzte und stärkste Mittel, ein allgemeiner Mieterstreik in Groß-Berlin, erwoogen.

Die Wohnungsverhältnisse in Groß-Berlin sind in der Tat zu einer unerträglichen Katastrophe für die Mieter geworden. Die Regierung hat nicht das geringste Verständnis gezeigt für die sozialen Klagen der breiten Volksschichten, trotzdem die kommunalen Arbeiterräte seit Monaten immer wieder darauf aufmerksam und praktische Vorschläge zur Milderung der Wohnungsnot gemacht haben. Will die Regierung es auch hier, in der Bekämpfung des Wohnungswunders, auf die Selbsthilfe der Mieter ankommen lassen? Die Besetzungen und Folgen eines Mieterstreiks, den auch wir nicht wünschen, würden furchtbar sein. Koch ist es Zeit, ihn abzuwenden. Durch Verhandlungen mit dem Berliner Volksgenossen der Arbeiterräte muß eine Grundlage für eine Neuregelung des Wohnungswesens in Berlin geschaffen werden, bis dem Interessen der Mieter Rechnung trägt.

### Verhaftungen über Verhaftungen.

Der Ratze Karl Seidler, Peterburger Straße 57, wurde bei den Unruhen im März verhaftet und vor das Kriegsgericht gestellt. Ende Mai fand die Verhandlung statt. Er wurde sofort freigesprochen. Danach war er beim Magistrat Berlin beschäftigt. Am Sonnabend, den 22. Juni, nachmittags zwischen 8 und 9 Uhr, kam ein Herr, begleitet mit Zivilhose und -Mütze und Militärrock, in seine Wohnung und bestellte ihn, er solle in das Lokal Willküh, Peterburger Straße 5, das Hauptabteil der U. S. P. D., kommen. Als Seidler auf die Promenade trat, nahmen ihn zwei Herren in Zivil fest und schafften ihn nach dem Kottenplatz in ein dort bereitstehendes Auto, das in der Richtung nach der Frankfurter Allee davon fuhr. Bis heute ist noch keine Nachricht über den Verbleib Seidlers eingegangen. Im Militärgeheimdienst und im Polizeipräsidium ist er nicht eingeleitet worden!

Die Jungen, die den Vorgang mitangesehen haben, werden gebeten, ihre Aussagen in der Redaktion der „Freiheit“ abzugeben.

### Erklärung!

Um Irrtümern vorzubeugen, stellen wir hiermit fest, daß die von Ernst Friedrich herausgegebene anarchistische Jugendzeitung „Freie Jugend“ kein Organ unserer freien sozialistischen Jugend ist. Unsere alleinige Jugendzeitung ist die wöchentlich erscheinende „Junge Garde“ (für die Postbestellung eingetragen im 8. Bezirk der Postzeitungsliste). Ferner erscheint monatlich für die Berliner Jugend ein Mitteilungsblatt „Die freie Jugend“. „Freie Jugend Groß-Berlin“, Jugendsekretariat, Schilderstr. 5.

### Die Militärrenten.

Das Volksgenossen teilt mit: Diejenigen Militär-Invalidenrenten- und Militärrenten-Empfänger, deren Pension oder Rente in ihrem ganzen Betrag nicht zur Zahlung gelangt, weil sie zur Zeit noch als Beamte bei einer Behörde beschäftigt sind, werden behufs Prüfung über etwaige Inanspruchnahme eines vom 1. Januar 1919 ab zahlbaren Rentenausgleichs hierdurch aufgefordert, schriftliche Anträge unter Beifügung des Invalidenpensions- oder Militärrenten-Quittungsbuches und des Militärpassees an die Pensionsregelungsbehörde Nr. 8 - Polizeipräsidium Berlin, Rechnungsstelle - richten zu wollen.

Bereitete Lebensmittelschiebung. Durch die Aufmerksamkeit eines Parteigenossen ist der Versuch einer Lebensmittelschiebung verhindert worden. Bei dem Hauswirt in der Dammstraße 1, der zugleich eine Gemischtwarenhandlung betreibt, wurden gestern früh 7 Kisten Fleischkonserven und ein Saß weiße Bohnen von Regierungstruppen abgeladen. Die Ware war jedenfalls für den Schleichhandel bestimmt. Ein Parteigenosse, der den Vorgang be-

obachtete, betraugte die Beschlagnahme der Ware. Auch die Regierungstruppen wurden festgenommen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, inwiefern die vom Staat schwer bezahlte Regierungssoldaten an diesem Geschäft beteiligt sind.

Städtische Schulgahnklinie. Neudöhlen hat beschlossen, die dort vom Lokalkomitee Groß-Berlin für Schulgahnpflege eingerichtete und von diesem Komitee geführte Schulgahnklinie in städtische Verwaltung zu übernehmen. Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen der Berliner Stadtverordneten-Versammlung haben nun dieser Versammlung einen Antrag unterbreitet, um auch die Schulgahnklinie in Berlin in städtische Verwaltung zu übernehmen. Wie wir hören, hat dieser Antrag Aussicht auf Annahme.

Neudöhlen. Den Anregungen der Reichszentralstelle und des Kriegsministeriums folgend, soll auch in Neudöhlen den Kriegsgefangenen bei ihrer Rückkehr aus der Gefangenschaft eine besondere Fürsorge zuteil werden. Schriftliche Anfragen über die Kriegsgefangenenheimkehr sind an das Bureau, Gunglstraße 10/11, 1. Treppen, Zimmer 14, zu richten.

Die Räume der Arbeitergemeinschaft der Arbeiterräte beim Magistrat der Stadt Berlin befinden sich Besatzung 11. Sprechzeit von 10-1 Uhr.

### Aus den Organisationen.

- Sechster Wahlkreis. 10. Mitteilung. Deuts abend 7 Uhr im Arbeiter-Verein in der Schulstraße, Kuchelplatz. 7. Tagessordnung: Bericht von der Verbandsgeneralsammlung.
- Neudöhlen. Morgen, Freitag, abends 6 1/2 Uhr, Funktionärstag bei Kreis, Hermann, Ecke Schierkestraße.
- Neudöhlen. Für die im Herbst stattfindende Jugendwoche bitten wir schon jetzt recht regen Propaganda zu entfalten. Meldungen werden im Bureau, Kuchelstraße 8, entgegengenommen.
- Bezirk Wilmersdorf. Am Freitag, den 4. Juli, abends 7 Uhr findet in der Aula des Realgymnasiums, Wilmersdorf, eine Mitgliederversammlung statt. Wichtige Beschlüsse, Mitgliedsbuch legitimiert. Die Bezirksleitung.
- Hohen-Schönhausen. Freitag, den 4. Juli, abends 8 Uhr. Öffentliche Volksversammlung in der Aula der Gemeindefschule Röhrenstraße. Tagesordnung: Das erbotene Volk und die Regierung. Referent: Gen. Paul Schwenk.

### Bereine und Versammlungen.

- Zentralverband der JHM und Kino-Angehörigen Deutschlands. Sonntag, 6. Juli, vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Vollversammlung. Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.
- Arbeiter-Ehren-Bund. Freitag, 4. Juli, 7 Uhr Ehrenversammlung in der Schulstraße 10.
- Sozialdemokratischer Kreis-Verein. Sitzung Montag, 7. Juli, abends 7 Uhr im Hertenhaus, Zimmer 20.
- Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Bez. Mariendorf. Montag, 7. Juli, 8 Uhr abends bei Streiter, Schaulstraße 28. Versammlung Mitgliedskarte vorzeigen.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rabold, Berlin. - Verlagsverlag „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. - Druck der Verlagsbuchhandlung und Verlagsverlag m. b. H., Schiffbauerdamm 13.

## Ledebour

I. Auflage vergriffen.  
Die II. Auflage erscheint am Sonnabend.  
Preis 75 Pfennig

# Die Freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der Unabhängigen Sozialdemokratie  
ist vom  
**Oberkommando Noske**  
verboten!

### Deutscher Metallarbeiter-Verein

Nachruf!  
Den Kollegen zur Nachricht, dass unsere Kollegen, der Mechaniker  
**Fedor Neubert**  
am 24. Juni an Bauchleiden erkrankte,  
der Klempner  
**Luis Boye**  
am 27. Juni an Herzleiden,  
und die Köchlin  
**Margarete Migas**  
am 26. Juni an Pforten gestorben sind.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

### Bund der Gastwirtsgehilfen

Verwaltungsstelle  
Groß-Berlin  
24. Straße, Nr. 11, 111 - Neben 504 u. 1813.  
Donnerstag, 3. Juli 1919, nach 11 Uhr  
im Neufahrplatz, Behrenstraße 48

### Vertrauensmänner = Versammlung

der Verwaltungsstelle Groß-Berlin.  
Tagesordnung:  
Die Bedeutung der Arbeiter- u. Betriebsräte  
Referent: Genosse Marx.  
Das Thema gehört zu den dringendsten Tagesfragen, aber  
noch unzureichend zu beantworten, das der meisten industriellen  
Betriebe bedarf.  
Der, der an letzter Stelle der Tagesordnung steht, der seine  
eigenen als Vertrauensmänner ernst nimmt, muß unter allen  
Umständen erscheinen.  
Werbt für guten Besuch.  
Der Vorstand:  
L. K. Oberggärdy, Vorsitzender.

### Flugzeugmeisterei Adlershof.

Die Lohnzahlung bei der Flugzeugmeisterei findet  
der Verkaufsverhältnisse wegen nicht am Freitag,  
den 4. 7. 19, sondern am Dienstag, den 8. 7. 19 statt.  
Für die Lohn-Schlichtungs-Kommission:  
Strack.  
Für den Arbeiterrat:  
Boesch.  
In den nachstehenden Spalten werden sofort  
Botschaften eingestellt:  
**Berlin**  
Wieschner, Eichhauer Straße 92, Dörfing,  
Steinmühlstr. 25, Hackebarth, Michaelkirchpl. 2.  
**Potsdam**  
Dobner, Kaiser Wilhelm-Straße 38.  
**Charlottenburg**  
Lorenz, Wallstraße 68.  
**Wilmersdorf**  
Denecke, Auguststraße 60.  
**Tempelhof**  
Bartsch, Werderstraße 51.

### „Freiheit“-Leser von Pankow

Da uns Genosse Herbst, Pankow, Fiorastr. 25,  
verschiedenen Toren nicht herausgelassen, ersuchen wir  
unsere Abonnenten umgehend ihre Adressen bei  
Spickardener, Behrenstraße 46, mitzuteilen,  
damit jeder beliefert werden kann.  
Die Zeitungskommission der U. S. P. D.  
Pankow.

### An unsere „Freiheit“-Leser!

Unterzeichnete Organisationen eröffnen  
resp. verlegen ab 1. Juli nachfolgende  
„Freiheit“-Speditionen:  
1. für den gesamten Wedding:  
Spedition Böttcher, Utrechter Str. 28.  
2. für den gesamten Gesundbrunnen:  
Spedition Gliedts, Pankstr. 60.  
3. für die Schönhauser Vorstadt:  
Spedition Lachmann, Stargarder Str. 15.  
4. für die Schönk. Vorstadt (unterer Teil):  
bisher Spedition Hennig, nach  
Spedition Göhe, Treskowstr. 22.  
5. für die Sped. Gallas-Zinke-Rosemann:  
Spedition Werner, Greifswalder Str. 29.  
6. für Südost (4. Kreis):  
Spedition Sinner, Skalißer Str. 101.  
7. 4. Kreis (Coprivi-Diertel):  
Spedition Senne, Easkerstr. 2.  
8. für Lichtenberg:  
Sped. Stimming, Oderstr. 4, Quergeb. pt.  
9. für Pankow:  
Spedition Spidermann, Brehmestr. 46.  
Um eine geregelte Zustellung der „Frei-  
heit“ sicherzustellen, bitten wir unsere Ge-  
nossen, sofort das Abonnement für Juli in  
diesen Speditionen aufzugeben, sofern dies  
nicht schon durch die Botschaften ge-  
schehen ist.  
Der Vorstand resp. Zeitungskommission  
des 4., 5., 6. Kreises, Lichtenberg u. Pankow.



### Handwagen,

mit und ohne Federn von  
Mark 175,- an  
Größte Auswahl.  
**G. Wagner,**  
Köpenicker Straße 71.  
(Kahn Laden.)

### Dauerwäsche

wird aus-  
gebessert,  
vergrößert, verkleinert, gerei-  
nigt.  
Reichenberger Str. 7  
Born, Kottbuser Tor.  
Fernsprechanzahl. Mol 14 263.  
Netto Toilettenlebre (Seife  
schädlich, kostenlos). Franz  
Klein, Berlin O 112

### Großen Erfolg

haben selbst die  
**Kleinen Anzeigen**  
in der „Freiheit“

### Fast neue Dinstat

Matratze für jeden  
Zu erfragen Kirchhof  
Zigarettengeschäft.

### Erhaltungssatz

mittlerer Figur, billig,  
kostenlos. Gailing,  
Hofarthstraße 34.1.

### Kaufgesuch

**Metallschmelze**  
höchste Preise für jede  
Blei, Zink, Kupfer, Messing,  
Aluminium, Stannol, Silber,  
Platin u. s. w. Pl. 21  
gebildet. Mären etw.  
7 Uhr Labor-ortum 500  
bomer Str. 26

### Kupferdraht

Silber  
sämtliche Installationen  
kauft und verkauft  
Schönhauser Allee 20

**Kauf** general  
bohrer aus Werkzeug  
Schneidstahl svt, Messer  
terischem und Vierkant  
Centrifugier, Reibst  
windbohrer, Felten  
blätter, Zwick, Berlin  
Landsberger Allee  
(Telephon: Alex. 540)